

Die demokratische Tageszeitung

Unparteiische Zeitung für (Kreisblatt) Stadt u. Kreis Merseburg

Wegpreis mit den Wochenbeilagen „Früher der Wom.“ u. „Spottvogel“ durch die Post für 2,40 a. Beilagen durch Boten Nr. 2. — frei Haus monatl. Frsch. wertl. ab nachm. Einzelnum. 10 Pf. Sonntags 20 Pf. Geschäftsst. Sächterstr. 4 (Dampflstr.) u. Götthardstr. 38. — Im Falle böß. Gewalt (Streik usw.) besteht kein Anspr. auf Vorfahrung od. Rückvergütung.

Anzeigenpreis für den gewö. Wochenspaum 7 Pfg. im Restemerkel (3 Pfg.) 28 Pfg. für Offize u. Nachweilung 21 Pfg. Anschlag. Familienanzeigen ermäßig. Erfüllungsort Merseburg. Anzeigenst. 10 Uhr vorm. — Für unerbetens Zulieferungen wird keine Gewähr geleistet. — Postfachkonto Leipzig 16 654. Fernsprech. 100/101

Nr. 70 Dienstag, den 24. März 1925 165. Jahrgang

Dr. Jarres mahnt zur Einigkeit.

In Hannover.

Am Sonntagabend versammelte der nationale Wahlausschuß des Reichslands Vertrieber der Provinz, der Verbände der Industrie und Landwirtschaft, der Kreise, der Staatsbediensteten, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, um eine Ansprache des Reichslandparlamentarier Dr. Jarres anzuhören. Beifolgt und geliebtest legte Dr. Jarres seine Gedanken dar. Er führte u. a. aus: In Hannover gilt es für mich besonders, dem Worte meine Aufmerksamkeit zu machen, der aus allen das Besondere vor Augen steht, nämlich die Einigkeit. Es war für mich und für unsere Sache von größtem Werte, daß dieser Mann, dessen Name im deutschen Volke einen Klang von ganz besonderer Art hat, es für richtig hielt, auf seinen Namen unter dem Anruf der Führer für die Handhabung des Reichslandes zu legen.

In München.

Aus Anlaß der Annahme des Oberbürgermeisters Dr. Jarres fand in Bayern ein Kreisbesprechung statt, zu dem auch zahlreiche führende Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft erschienen waren. Nach Begrüßungsworten des Generalsekretärs des Reichslandes Dr. Jarres eine Ansprache, in der er zunächst darauf verwies, daß er am Dienstag in drei Verlesungen spreche und sich deshalb heute möglichst konzentrieren werde. Ein Reichspräsident müsse aber bei Parteien stehen, das ist ihm wohl geläufig, aber die Parteien müssen sich nicht in der Industrie abhängig. Als Aktivist erwiderte er, daß er solange an der Spitze eines großen Gemeinwesens gestanden habe, ein Oberbürgermeister könne, wie ein Staatspräsident, sein Amt nur dann ausfüllen, wenn er sich über den Parteien stelle. Er habe die Auffassung, daß es ihm wohl gelingen werde, die großen Grundzüge der Unabhängigkeit und Selbständigkeit zu wahren und den Staat tatkräftig zu vertreten. Dr. Jarres erwähnte sodann kurz sein Programm in bekannter Weise. Dr. Jarres wandte sich dann gegen verschiedene Behauptungen und Vorwürfe, ohne dabei zu erwähnen, daß sie in der Kreise der Bayerischen Volkspartei gegen ihn erhoben wurden. Er sei kein Diffident, sondern ein Ehrlicher, der sich zum Glauben seiner Väter, aber er sei nicht demagogisch gefesselt oder mit Intoleranz behaftet. Er sei auch kein Kremlmännchen, obwohl er es für seine Ehre halte, Kremlmännchen zu sein. Die christlichen Konfessionen können und sollen miteinander in Frieden leben, und

Der Turmbau.

Zuerst hat es sich um einen Vertrag zwischen Deutschland und Frankreich gehandelt, dann gestiftet sich zwei, dann drei Mächte hinzu, und jetzt wird schon ein Penta-Mächte-Vertrag vorgezogen, der übrigens auch auf andere Staaten mit Ausnahme von Holland u. a. ausgedehnt werden könne. Einmal kann die durch Verfallenes geschaffene allgemeine Unsicherheit Europas nicht besser als durch die geplante Einbeziehung kurzweg sämtlicher Staaten in den Garantiepakt targetet werden, dann aber, und das ist hier das wichtigere, wird versucht, das eigentliche Problem zu verdrängen. Solange eine prinzipielle Verständigung darüber herbeigeführt ist, daß nicht die Grenzen unserer Nachbarn durch uns, sondern unsere Grenzen durch unsere Nachbarn gefährdet sind, solange wird die Gewalt und die Rechtsverdrängung über das Schicksal Europas herrschen, wenn nicht jüngere Nationen ihren Einfluß geltend machen. Die Verluste, aber Verfallenes nur auch noch einen Turmbau zu errichten, täuschen uns aber nicht darüber hinweg, daß jetzt eigentlich ein Deutschland das Kesselstücken eingesetzt werden sollen, die Unsicherheiten und direkten Gefahren der §§ 16 und 18 des Völkerbundespaktes aber unter Schicksal und über unseren Wert im Kreise der Nationen entscheiden lassen. Freilich anerkennen die einen und anderen, daß man uns zur Überlegung Zeit lassen müsse, doch geben auch sie in den Zugeständnissen an uns nicht weiter, als die Herren Chamberlain und Hertel: ein Sicherheitspakt werde erst dann verbindende Geltung erhalten, wenn Deutschland sich zum mindesten um die Aufnahme in den Bund beworben hat. Man beginnt also in alliierten Kreisen doch der Schwierigkeit unserer Lage Verständnis entgegen zu bringen, das trotz seiner fast willkürlichen Bedeutungslosigkeit unseren Vätern aber das Beispiel sein könnte. Wie man am Schluß jeder aus Paris kommenden Meldung immer wieder schreibt, daß „Reues nicht gelagt worden ist, daß alle Kombinationen schließlich immer nur wieder auf Verfallenes zurückgehen, so findet man in den Auslegungen unserer Zeitungsblätter über die Sicherheits- und Völkerbundesfrage stets den gleichen Intention: im Grunde genommen handelt es sich hier um ein Problem, sondern Deutschland „verbindlich“ sich eben mit den Alliierten, tritt dem Völkerbund bei und alles andere wird sich finden. Aus solcher Einstellung heraus tritt man denn auch in jeder Meinungsverschiedenheit, ohne die am allerwenigsten die Einkreife bestehen, Anzeichen innerer schwerer Krisen. So sind die Verhandlungen vorstehender Männer, die sich über die Tragweite der uns bevorstehenden Entscheidungen klar sind, mit Außenminister Stresemann als ein Zerfallstücken unter den Regeln ausgelegt worden. In Wirklichkeit aber geht es bei allem lediglich um die Präzisierung des deutschen Standpunktes, den für die weitere Zukunft entscheidend zu formulieren sich heute überhaupt ein Kopf findet, der nicht guter Ratssache bedürfte. Wenn selbst angesehene Demokraten zugeben, daß sie als Außenminister nicht anders handeln könnten, als Dr. Stresemann, so sollten sie wenigstens auch dafür Verständnis aufbringen können, daß die Preisgabe deutscher Interessen und Gebiete nicht vorkommen werden kann. Ihr Verzicht, die beiden Reichsparteien auseinander zu mandrieren, ist schon in dem ersten Entwurf des ersten Entwurfs gegeben, die Institutionenbedürfnisse abzuwehren, aber auch jetzt noch nicht, nachdem die Deutschland erklärt haben, von einem Mißtrauen gegenüber Herrn Stresemann sei keine Rede. Der einstimmige Staatsbürger wird für diese Aufschänkungen nur das eine Urteil fällen, daß der Verfallener Turmbau immer wieder nur durch die innere Vorkraft gefördert wird. Genauso aber auch sieht er, daß die klare Erkenntnis unserer außenpolitischen Schwierigkeiten und der zu ihrer Beilegung erforderlichen Maßnahmen nicht dort zu suchen ist, wo man wieder an die §§ 16 und 19, noch an die Folgen einer rein pazifistischen Politik der Waffengewalt gegenüber denkt.

Keine Differenzen zwischen Guizer und Stresemann.

Auf Grund neuer Verhandlungen, die innerhalb des Reichskabinetts stattfanden, steht fest, daß von irgendwelchen Differenzen zwischen dem Reichskanzler oder zwischen diesem und dem deutschen diplomatischen Mitgliedern des Kabinetts keine Rede sein kann. Der bisher eingeschlagene Kurs unserer Außenpolitik wird weitergeführt werden. Daß der Franzosen, der unseren Beitritt zum Völkerbund umfängt, ist jetzt noch nicht gelöst werden konnte und bei der Unklarheit der Materie noch mancherlei Erwägungen und Beratungen ausgesetzt ist, liegt auf der Hand. Die Möglichkeiten, die sich für Deutschland ergeben, unter besonderen Voraussetzungen dem Völkerbund beizutreten, sind zu beleuchten und unterliegen auch einer verschiedenen Auffassung, daß es noch eingehender innerpolitischer Verhandlungen bedarf, um hier eine feste Grundlage zu schaffen.

Die Papen und Löwarz tügen sich ihrer Fraktion.

Die Zentrumsgesandten im Reich, Landtag u. Bayern und Löwarz erklären, ihre Stimmhaltung am 20. Februar habe sich in keiner Weise gegen die verwerfliche Person des Reichskanzlers a. D. Marx und gegen das von ihm verfolgte Ziel der großen Volksgemeinschaft gerichtet. Sie erkennen an, daß die Wirksamkeit der Zentrumsfraktion wesentlich bedingt wird durch die Geschlossenheit ihres Handelns. Sie erklären sich bereit, dem Rechnung zu tragen.

Jedes Spiel mit dem Gedanken eines Kulturkampfes wäre das schwerste Verbrechen.

Wie unbedenklich Vorwürfe, wo welche er auch übertriebenes Maß anfeuert. In sozialpolitischer Hinsicht ist es nötig, eine gesunde Volkswirtschaft zu machen, aber dann müsse man energisch Sozialpolitik treiben. Dr. Jarres behauptet schließlich kein Sozialpolitik vor Presse, das, wie es für einen Verwaltungsbeamten notwendig sei, immer ein Vertrauensverhältnis gewesen sei. Es sei kein Verbrechen, auch künftig in solch vertrauten Verhältnissen zu bleiben.

Wieder eine Äußerung Jarres erliegt.

In gewissen Kreisen wird das verurteilende Gerücht kolportiert, die Frau des Herrn Dr. Jarres sei eine Französin. Demgegenüber steht fest, daß Dr. Jarres seit 1903 mit Area Schüll, der Tochter einer altangehobenen Dürerer Kaufmannsfamilie, verheiratet ist.

Die weltpolitische Bedeutung der Kandidatur Jarres.

Seine Tätigkeit in der Westmark.

Eberhard, 23. März. Der Reichsland, Ortsgruppe Eberfeld, veranfaßte am Sonntagabend eine Kundgebung für die Reichspräsidentenwahl, in der auch Großadmiral v. Tirpitz erschienen war. Nachdem der Abg. War muth die Persönlichkeit Dr. Jarres' gewürdigt hatte, begrüßte der Großadmiral die Westmark und würdigte die Verdienste der Männer der roten Erde während des Kulturkampfes, der die Welt des deutschen Volkes gefährdet und unter Ansehen dem Ausland gegenüber geschwächt habe. Wenn es nicht gelänge, die Einheit im Bismarckischen Sinne zu erhalten, seien wir verloren. Gerade die Reichspräsidentenwahl solle beweisen, ob wir noch den Willen zur Einheit in uns tragen.

Ueber die Bedeutung der Kandidatur Jarres erklärte der Großadmiral: Wenn es gelänge, Dr. Jarres auf den Präsidentenposten zu erheben, so würde Deutschland das Stellung dem Ausland gegenüber mit einem Schlag sich ändern. Die ganze Welt werde in der Kandidatur Jarres den Beweis sehen, daß

unsere nationalen Kräfte wieder erwacht sind. Deutschland werde Freunde im Ausland gewinnen und Feinde, in der Politik Objekt seiner Feinde zu sein. Weiter warte Tirpitz vor einer innerpolitischen Unterabstimmung der Präsidentenwahl, weil es für den Präsidenten viele Möglichkeiten gebe, seinen Einfluß geltend zu machen. Das habe gerade der verfallene Reichspräsident Wert in hervorragender Maße ausgenutzt. Tirpitz schloß seine Rede mit einer warmen Versicherung der Kandidatur Jarres. Nach seiner Rede wurden dem Großadmiral von der Menge feierliche Kundgebungen zuteil.

Tageschronik.

In britischen Kreisen wird in Abrede gestellt, daß der französische Gesandte in London den Entwurf eines Sicherheitspaktes nach Paris mitgenommen habe.

Dem „Daily Telegraph“ zufolge gelangt das Problem der internationalen Schulden bei dem gegenwärtigen englisch-französischen Gedankenaustausch nicht zur Beratung.

Der französische Vorkämpfer in London, de Fleurbaey, hatte gestern Abend eine neue Interregung mit Hertel.

Der neue französische Budgetentwurf sieht 32 974 000 000 Francs an Einnahmen und 32 436 000 000 Francs an Ausgaben vor.

Anfang April wird die Trierle in Wien eine Gesandtschaft errichten.

Die Neuwahlen in Kegypten sind auf den 23. Mai und die Wiedereröffnung des Parlamentes auf den 1. Juni festgesetzt.

Wir können nicht vergessen, daß in dem Augenblick des Niederbruchs unserer Kriegsmacht von innen heraus die Hungertage erfolgte, die wir nicht vergessen dürfen.

Wir können nicht vergessen, daß in der Fortentwicklung der Hungertage erfolgte, die wir nicht vergessen dürfen. Die Hungertage erfolgte und der Gedanke des Klassenkampfes vorwiegend waren für die wichtigsten Entscheidungen, die doch nur im Sinne des Staatsganges erfolgen sollten. Wir denken daran, daß dies anders werden soll, aber nicht auf dem Wege der Gewalt.

Wenn Sie einen Reichspräsidenten wählen, der sein Wort auf die Verfassung geben soll, betätigt mit einem Eide, dann können Sie von diesem Manne nur erwarten, daß er das hält, was er vorhergesagt hat. Er muß aber andererseits auch den Willen haben, in Rahmen der Verfassung die Verfassung mit seiner Einwirkung fortzuführen. Ich möchte den Grundgedanken betonen, daß wir den staatlichen Fortschritt suchen und fördern wollen auf nationalen, christlichen und sozialen Grundlagen, voll Achtung vor dem jetzigen Staat, verbunden mit Ehrgefühl vor der Vergangenheit und mit dem Glauben an die Zukunft, christlich im Sinne der großen Konfessionen, der Achtung vor der inneren Lebensregung, vor der wahren Religiosität, sozial in dem Sinne einer Ablehnung des internationalen Marxismus. Und noch ein Wort über das Verhältnis zwischen Reich und Ländern. Der Antikritismus der Bismarck'schen Verfassung ist, wie Sie nicht vergessen dürfen, das Eigenleben genommen, das sie nicht vergessen dürfen.

Wir müssen zurück zur föderalistischen Politik unseres großen Reichsgründers Bismarck.

Jede Provinz hat ihre Eigenart. Mit einem Blick auf Hannover und auf den Besitztum des Reichslandparlamentarier Dr. Jarres seine Ansprache, die von Beifolgt und lauten Zustimmungskundgebungen begleitet war.

In Nürnberg.

Auf seiner Reise nach München nahm Oberbürgermeister Dr. Jarres am Montag mittig in Nürnberg einige Stunden Aufenthalt, um sich den aus ganz Nordbayern zusammengekommenen Vertretern des Reichslandes vorzustellen. Geh. Rat Sachs, Kreisrat, der national-liberale Abgeordnete für den Wahlkreis Franken, begrüßte Dr. Jarres und legte aus, aus welchen Gründen Dr. Jarres für die verfallenen Kreise Nordbayerns als einziger Präsidialkandidat in Frage komme.

Dr. Jarres schloß in seiner Ansprache an die Worte des Reichsgründers Bismarck's Zeit Pögnert: „Durch deutsche Lande viel gereist, hat oft es mich verdorren, daß der Bürger wenig dreist, ihn fast heißt und verflochten.“ Er führte dann weiter aus: Heute habe ich keinen Grund, aber die Verfallenen sind die deutschen Bürger zu tragen. Gestern Abend hat war ich noch in Hannover, indem habe ich in Würzburg den bayerischen Boden berührt, und nun bin ich hier in Nürnberg, Ihren Landesleuten zu sagen.

Daß wir eines Strebens und Sinnes sind und überall, wo wir waren, haben wir das Gegenteil von Verfallenen gesehen. Es ist so, als ob sich die Seele des Bürgertums von neuem entfalte, als ob das, was bisher im geheimen gedacht und gefühlt wurde, nunmehr öffentlich elementar heraus käme. Das ist das Schöne in der Bewegung, in der wir jetzt stehen, denn dieser Wahlschlag bedeutet meines Erachtens und meiner Hoffnung nach den Anfang einer großen politischen Bewegung, einer Bewegung, die dahin geht, das Trennende der Parteien, der Stände und Wirtschaftsklassen zu vergessen, die dahin geht, sich des eigenen Wertes und des Wertes der Vergangenheit wieder mehr bewußt zu werden und den Wert dieser Vergangenheit auch offen nach außen hin zu bekennen: einer Bewegung, die bemittelt, daß wir mit dem Geiste der Bewegung in der Bewegung, die wir nicht haben wollen und ihn ablehnen, weil er das Unglück Deutschlands noch unendlich vermehrt hat: einer Bewegung, die dahin führt, daß wir von dem internationalen Sozialismus uns nicht mehr verfallen lassen wollen, daß wir fern von jedem Revandee-gedanken, denn wir können ihn nicht hegen — doch sagen: Deutschland vertritt das, was ihm genommen ist, nicht, und das, was anständig von uns getrennt ist, gehört uns, und das, was auf die Dauer zu uns.

Es gilt, der Welt zu zeigen, daß das deutsche Bürgertum als solches besteht und nicht nur als ein Teil der Welt gedrückt stehen will, sondern sich betätigen will auf dem Boden des Staates.

Amerikas Interesse an der Sicherheitsfrage.

Washington, 23. März. Präsident Coolidge und Staatssekretär Kellogg verfolgen mit größter Aufmerksamkeit die Verhandlungen der europäischen Rabinete über die Sicherheitsfrage, die namentlich auch in den Besprechungen, welche Vorkonferenzen mit dem Washingtoner Staatssekretär am 22. März stattfanden, die amerikanische Regierung ist der Ansicht, daß eine endgültige Regelung der Sicherheitsfrage nur unter Einfluß Deutschlands möglich ist, und zwar in einer Form, welche Deutschlands aufrichtige Zustimmung finden kann. Der Abschluß eines Vertrages, an welchem Deutschland nicht teilnehmen könne, sondern lediglich als Objekt dastehen würde, hätte amerikanische Billigung nicht und würde als ein Mißfall in jene verhängnisvolle Bündnispolitik der Vorkonferenzen betrachtet werden. Bei aller Zurückhaltung, die sich die Regierung der Vereinigten Staaten gegenüber den europäischen Angelegenheiten zum Grundsatze macht, hat sie doch in den europäischen Hauptstädten keinen Zweifel über diese ihre Ansicht gelassen. Der Berliner Vorkonferenz-Vorkonferenz am 22. März, der kürzlich aus Washington auf seinen alten Posten zurückgekehrt ist, nachdem die Berliner Gesandtschaft nach Robins' Briefe eine Zeitlang verweilt war, hat an eingehenden Besprechungen mit Kellogg, Kellogg und Coolidge teilgenommen und Intuitionen mitbestimmen, die sich in der oben angezeichneten Richtung bewegen.

Die Übernahme der Berliner Vorkonferenz durch den neuernannten Vorkonferenz F. G. Schurman wird sich noch einige Wochen hinauszuziehen. Schurman wird vorher über die deutsche, mit der europäischen mehr oder minder identischen Frage mit seinem Vorgänger Doughton, der sich noch bis Mitte April in Amerika befindet, gründliche Aussprache pflegen.

Der kommende Sicherheitspakt.

London, 24. März. In britischen Kreisen wurde gestern, wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ meldet, in Abrede gestellt, daß der französische Gesandte in London de Fleury aus dem Entwurf eines Sicherheitspaktes nach Paris mitgenommen habe, um ihn hierher zu unterbreiten. In der Tat erstreckt ein derartiges Memorandum der britischen Regierung nicht das deutsche Memorandum ein wenig weit umfänglicher Programm und erst durch Aufführungen ergänzt worden sei. In London und Paris wurde gegenwärtig die Idee eines Sicherheitspaktes begrüßt. Man sei sich noch nicht im klaren, welche Zuständnisse Deutschland für seine Einwilligung verlangen werde. Man hoffe, in den bereits begonnenen Verhandlungen zwischen London und Paris eine Verständigung der beiden Regierungen zu erreichen. Sodann werde man sich bemühen, in wieviel Berlin in gewisser Weise, auf die Gebirgszüge Frankreichs und Großbritannien, die gewiß von Italien und Belgien akzeptiert würden, einzugehen. Auch Polen und die Tschechoslowakei müßten gefragt werden, aber es sei kaum anzunehmen, daß ein Abweilen von dem vorliegenden britischen Standpunkt erfolgen werde.

England werde unter keinen Umständen sich in einen Garantiepakt einlassen, der es zwingen würde, mit seinen eigenen Streitkräften irgend eine der europäischen Grenzen zu verteidigen.

Bisher nur vorbereitende Besprechungen.

London, 23. März. Wie der Amtliche Englische Ausdruck meldet, muß im Gegensatz zu anderen Meinungen fehlerhaft werden, daß in den diplomatischen Unterredungen der letzten Tage die Sicherheitsfrage noch nichts Endgültiges erreicht worden ist. Die Unterredungen sind vielmehr rein vorbereitender Natur gewesen. Ihnen kommt nur die Bedeutung zu, die Anknüpfen der in Betracht kommenden Regierungen klar herauszuarbeiten. In diesem Sinne sind auch die Besuche des französischen und des deutschen Vorkonferenz in Chamberlain aufzufassen. Es ist zweifelhaft, ob Chamberlain morgen im Unterhause bereits Einsetzung der Unterhandlungen mit Paris und Berlin geben wird.

Englische Betrachtung über Deutschland.

London, 24. März. „Evening Standard“ schreibt zur Lage in Deutschland: Die gegenwärtige Situation ist die, daß Deutschland offenbar bereit ist, ein Abkommen abzuschließen, abgeben von dem im Versailles Vertrag vorhandenen, in dem es die Grenzen Frankreichs und Belgiens anerkennt. Zeitgleich wäre aber nicht bereit, seine Verantwortung nach dem Versailles Vertrag anzuerkennen. Es wolle dort eine Neuordnung, die Polen als einen Nachteil betrachtet. Die Politik Chamberlains bezeichnet „Evening Standard“ als die eines ehrlichen Mannes. Ein übergesetzter Eifer der englischen Regierung die Gegenstände der beiderseitigen Elemente auf dem Kontinent miteinander zu vereinigen, wäre aber letzten Endes geeignet, das Ziel über zu erreichen. Die beste Politik für England würde darin bestehen, sich sobald wie möglich von der Beteiligung in den kontinentalen Angelegenheiten zu bereuen und Frankreich und Deutschland dazu zu veranlassen, ihre Streitigkeiten selbst zu regeln. England müßte nur darauf bestehen, daß seine eigenen Rechte und Interessen beachtet werden.

Immer neue Prüfungen.

Paris, 24. März. Einer Radkommission zufolge haben die alliierten Regierungen den Vorkonferenz der Vorkonferenz durch die Vorkonferenzkonferenz an die internationalste Militärkommission geleitet werden soll, nach der Marschall Foch erneut in die Prüfung des Generalsekretärs der Kontrollkommission über die deutsche Abrüstung eintreten soll.

Was ist Foch?

London, 24. März. Die politische Stellung Marschall Fochs wird weiterhin von der englischen Presse lebhaft erörtert. „Evening Standard“ fragt u. a., worin besteht seine gegenwärtige amtliche Stellung und Zuständigkeit bestünde. Seine Stellung in Deutschland, die französische Armee wäre die gleiche wie die des pensionierten englischen Generalfeldmarschalls Lord Haig zur englischen Armee.

Englische Sorgen.

London, 24. März. In seiner Antwort auf die Debatte über den Flottenstützpunkt Singapur erklärte Bridgeman, daß, wenn ein neuer Krieg kommen würde, England nicht in einer gleich günstigen Lage sei wie gegenüber Deutschland. Die deutschen Kapereifahrer seien, nachdem sie enormen Schäden angerichtet hätten, wohl ableigend worden. Wenn ein künftiger Gegner den englischen Handel angreifen würde, so würde es eine riesige Zahl von Kapereifahrern, die selbst Kreuzer liegen nötig gewesen, um ein paar deutsche Kapereifahrer einzufangen. Die Ausrichtungen für England würden in einem Krieg mit einem anderen Gegner bedeutend durch Seeschiffahrt hätten. Wenn der Plan aufgegeben würde, würde die Lage der Dominions außerordentlich schwierig werden.

Ein kurzlebiges Parlament.

London, 23. März. Wie Reuters aus Kairo meldet hat das Ministerium infolge der Wahl Jagals zum Kammerpräsidenten seine Entlassung eingereicht. Der König hat diese aber abgelehnt, worauf das Parlament aufgelöst wurde. Das Parlament hat also nur eine Dauer von sechs Stunden gehabt.

Witzkühler Sprengungsversuch der demokratischen Partei.

Parlamentarier des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten haben am Sonntagabend den Versuch gemacht, einen Stell in den Reichsblod für Dr. Jarres zu stellen, indem sie anonyme Zuschriften über einen angeblichen Konflikt zwischen der Reichsregierung und der Deutschnationalen Volkspartei an Berliner linksstehende Blätter richteten. Eine Erklärung der Deutschnationalen Volkspartei und eine Ausdrucks der Reichstagsler und des Außenministers mit Vertretern der deutschnationalen Reichstagsfraktion haben inzwischen sämtliche Behauptungen über diesen Konflikt widerlegt.

Es bleibt aber zu erörtern, welche Gründe für Parlamentarier der Anten zu einem derartig verwegenen Schritt maßgebend waren.

Im Zentrum und bei den Demokraten hatte man schon vor den Verhandlungen über eine eventuelle gemeinsame listigen Kandidatur die Ansicht gehabt, die Einigkeit von Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten für die Reichspräsidentenwahl entweder auf Dr. Marx oder auf Hellpach herbeizuführen. Was für den ersten Wahlgang nicht geklärt ist, soll jetzt für den zweiten Wahlgang versucht werden.

Auf der anderen Seite schienen aber die Vertreter des Zentrums und der Demokraten bei den Sozialdemokraten so wenig Gegenseite gefunden zu haben, daß neuerdings der Versuch gemacht wird, hinter der Äußerung einen Stod der Mitte zuzubringen, um im zweiten Wahlgang eine Einheitskandidatur versuchen soll. Dieser Stod der Mitte würde nur Äußerungen haben, wenn Deutsche Volkspartei und Wirtschaftspartei von der Deutschnationalen Volkspartei abgelehnt und der Reichsblod gesprengt wird. Aufsolchen werden die eifrigen Versuche gemacht, die Deutschnationalen in der allgemeinen Politik von den übrigen Parteien des Reichsblods zu isolieren.

Wie bevroren die tatsächlichen Absichten der Linksparteien im übrigen sind, ergibt sich aus einem vertraulichen Rundschreiben der Reichsgesellschaft der Deutschen Demokratischen Partei vom 24. März, das Aufschluß über die tatsächlichen Absichten der Demokratie gibt. In diesem Schreiben heißt es u. a.:

„Als Einigungsandidat belist Präsident Hellpach die besten Eigenschaften. Wenn unter Freunde sich mit aller Kraft für die Kandidatur Hellpach einsetzen und auf diese Weise eine Stimmengabe herauslösen, die beträchtlich größer ist als am 7. Dezember, so besteht viel Wahrscheinlichkeit

Gudendorf bleibt.

München, 24. März. Der „Börsliche Kurier“ erklärt General Gudendorf denke nicht daran, von seiner ständigen Art Vorstandsstelle zurückzutreten. Es sei nicht die Entschluß wieder fallen zu lassen. (Wiederholte „reife“ Heberlegung.)

Witzkühler Sprengungsversuch der demokratischen Partei.

darf, daß der Sammellandidat des zweiten Wahlgangs Hellpach heißen wird, der die badiische republikanische Revolution zur allgemeinen Auflebenszeit repräsentiert und politisch nicht ist fehlgefallen ist, wie der Zentrumsführer und Präsident des Reichstages, Marx.“

An einer anderen Stelle wird gesagt, während Jarres der Kandidat der Rechten und Marx der Kandidat des Zentrums lediglich Kandidaten eines bestimmten deutschen Stammes sind und niemals in irgendeinem anderen Gebiet als im Rheinland fähig sind der Bevölkerung gehabt haben — der Sozialist Otto Braun ist typischer Kandidat, für in den Reichsblod, Gudendorf, obwohl der deutsche Osten wie der deutsche Süden und Westen repräsentiert.

Man erkennt an diesen vertraulichen Ausführungen der demokratischen Reichsgesellschaft, wie klar man sich bei den Demokraten über die Stellung von Marx und Otto Braun ist und wie sehr man sich bemüht.

Hellpach als Einigungsandidat

den Vinten zu empfehlen. In diesem Sinne heißt es über die Sozialdemokratie: „Seine Bekämpfung der Sozialdemokratie“ in einer Tonart, die eine Einigung im zweiten Wahlgang unmöglich machen würde. Natürlich wird der Sozialdemokratie vorgeschlagen, daß sie sich durch die Unterstützung ihrer Parteilandidatur an revolutionären Gedanken immer verständigt hat und daß sie damit wieder in ihren Laufenstandpunkt zurückgefallen ist. Da ist schon deshalb nötig, um die Sozialdemokratie auf einen Versuch im zweiten Wahlgang vorzubereiten.“

Deutlicher kann die sozialdemokratische Klassenpolitik nicht charakterisiert werden. Geradezu lässlich ist, daß die demokratischen Mitglieder der demokratischen Partei mitteilen, daß das Reichsblod der Sozialdemokratie, die sich durch die Unterstützung ihrer Parteilandidatur an revolutionären Gedanken immer verständigt hat und daß sie damit wieder in ihren Laufenstandpunkt zurückgefallen ist. Da ist schon deshalb nötig, um die Sozialdemokratie auf einen Versuch im zweiten Wahlgang vorzubereiten.“

Deutlicher kann die sozialdemokratische Klassenpolitik nicht charakterisiert werden. Geradezu lässlich ist, daß die demokratischen Mitglieder der demokratischen Partei mitteilen, daß das Reichsblod der Sozialdemokratie, die sich durch die Unterstützung ihrer Parteilandidatur an revolutionären Gedanken immer verständigt hat und daß sie damit wieder in ihren Laufenstandpunkt zurückgefallen ist. Da ist schon deshalb nötig, um die Sozialdemokratie auf einen Versuch im zweiten Wahlgang vorzubereiten.“

Bei die Äußerungen neuerdings recht gering geworden sind und die Sozialdemokratie offenbar von der Grundsicherung durch Demokraten und Zentrum unterrichtet worden ist, soll jetzt der Versuch einer Einigung auf mittelparteiliche Basis gemacht werden. Dieser Versuch ist aber an der Einigung des Reichsblods gescheitert.

Der Kreistag des Landkreises Merseburg.

trat heute vormittag 10 Uhr im Sitzungssaal des Kreisamtes zu seiner viertägigen Tagung zusammen. Auf der umfangreichen Tagesordnung der öffentlichen Sitzung standen nicht weniger als 26 Punkte zur Erörterung. Landrat Guseff eröffnete um 10 Uhr die Sitzung und gedachte des verstorbenen Unterrats v. Zimmermann, der von 1874-1924 dem Kreislandtage angehört und sich um den Kreis große Verdienste erworben hat. Die Veranstaltung, welche sich zum Ehrenfest des Verstorbenen, nachdem die Einladung von den Abgeordneten Förster, Freyberger und Wirtgarter auf ihre Ordnungsmäßigkeit geprüft worden ist, wird bekannt gegeben, daß an Stelle des ausgeschiedenen Abgeordneten Schröder Lagerhalter Wille tritt. Mit der

Abgabenordnung in der Erhebung von Vorausleistungen für die Gegenüberhaltung

tritt man in die Tagesordnung ein. Am 18. März sind wähligen den kommunalvertretenden und Wirtschaftsverbänden hierüber Beratungen getroffen worden, die als Protokoll zum 1. März in der Sitzung zur Verfügung gestellt wurden. Wegen seien vor allem die herangezogen, die die Steuern am meisten benutzen. Nach einer Aussprache, in der von der Rechten die Annahme des Protokolls bestritten wurde, wird dieses mit 17 Stimmen angenommen. Im Anschluß daran entschlief man sich zur Wahl einer Kommission zur weiteren Berlegung der Angelegenheit mit gleicher Stimmzahl. In die Kommission wird von jeder Fraktion ein Vertreter entsandt. Es sind dies der Herr Kornel, Förster, Albrecht und Besold.

Nachdem Punkt 1 erledigt ist, kommt es zu einer für mich Auseinandersetzung zwischen Landrat Guseff und der äußersten Linken. Man befragt sich, daß er Urteile von Schmollern und Genossen, die noch rechtzeitig eingeleitet wären, nicht mehr mit auf die Tagesordnung gestellt habe. Bei Aufführungen des Landrats kommt mehrere Male Abg. Schmollern in erregte Stimmung, so daß Landrat Guseff auf 15 der Geschäftsordnung verweisen und Abg. Schmollern das Wort entziehen muß. Mit 14 Stimmen wird schließlich beschlossen, zwei Urträge Schmollern während der Tagesordnung mit zu verhandeln, während der erste Antrag als für den Kreistag nicht zuständig abgelehnt wird.

Wahrgaben zur Förderung der ordnungsmäßigen Abgaben und Kreisbeiträgen befristeten Gemeindefragen sollen in der zuständigen Kommission beschlossen werden. Maßnahmen zur Förderung der Befestigung neuer verkehrswichtiger Gemeindefragen sollen nach Überberatung in der Kommission zur Überberatung dem Kreisaußschuß überwiehen werden. Bei den Maßnahmen zur Förderung der

Verteilung neuer Wohnungen

kommt es zu einer lebhaften Aussprache. Zu Punkt 6. Gewährung einer erstinständigen Hypothek den Kreisbeamten und Angestellten für einen 1925 neu herzustellenden Wohnhaus, erweist Abg. Wagnel (Zg.) Einspruch in dem Sinne, daß die Angestellten keine Bevorzugung vor den übrigen Antragstellern auf Hypotheken haben sollten. Abg. Kornel und Abg. Meyer stehen auf dem Standpunkt, daß der Kreis als Arbeitgeber seinen Angestellten gegenüber gewisse Pflichten habe. Landrat Guseff betont, daß lediglich ein Drittel der Angestellten auswärts wohne, was nicht in Interesse der Bevölkerung liege. Im übrigen erklärt sich der Kreisaußschuß einverstanden, daß die Kreispräfektur 100 000 Mark zu erstinständigen Hypotheken für Neubauten des Jahres 1925 zu 6 Prozent zur Verfügung stellt. Vorschläge für zur Höhe der Hauszinstenerhypothek nach Maßgabe der Fertigstellung des Wohnhausneubaus sollen jenseits bis zu 5000 RM. nach Prüfung der Fälle gewählt werden. Auch den Beamten

und Angestellten, von denen in diesem Jahre drei in 5000 Mark getätigt werden.

Die Anschaffung eines Krantransportwagens wird dem Kreistage vorgeschlagen. Der Kraftwagen ist 18 500 RM. kosten und bei seiner voraussichtlichen häufigen Benutzung möglichst schon gekauft werden. Als Fahrer wird der Chauffeur des Kreispersonentransportwagens vorgeschlagen. Die Säge für Transport sollten zunächst nach Klotzener bereitgestellt werden. Auf Antrag des Abg. Wagnel werden fünfjährige fellegete, die für die Verbesserung der Kreisstraße im Jahre 1925 bis 1927 zu 10 RM. bei Nacht 15 RM. betragen. Die Säge gelten für die Verbesserung nach den Anlagen in Halle und Leipzig und dem Krantransport in Merseburg. Mitfahrende Angehörige sollen 2 RM. zahlen.

Arge Mithrande weist

Das Feuerlöschwesen in Merseburg auf. Die Beschaffung einer Motorpumpe ist unbedingt notwendig, eine große Gefahr im weiteren Umfange von Anlagen, sind und Schaffstäbe zu vermeiden. In den meisten Dörfern sind kaum mehr als 50 Meter Schlauchlänge vorhanden. In Äugen ist z. B. Mangel an Grund- und Wasserlöschwasser bei einem größeren Brande. Vor allem unrichtig ist die Verteilung der Feuerlöschmittel. Sehr unrichtig ist in den einzelnen Städten, wo eine Motorpumpe am wenigsten liegt. Landrat Guseff schlägt vor, zunächst 10 000 Mark zur Lösung des Feuerlöschwesens zu bewilligen. Abg. Wagnel bemängelt die Alarmeinrichtungen und glaubt, daß es vorteilhafter sei, mit einer großen vier Räder Motorpumpe anzufahren. In Bezug auf die Alarmeinrichtungen der Dörfer besteht auf dem Lande bemerkt Landrat Guseff, daß er sich bereits mit der Post direkt in Verbindung gesetzt hat. Abg. Winkler (Kom.) bemängelt die schlechten Wegebewehrungen, die den Spritzen das schnelle Vorwärtskommen unmöglich machen. Er erklärt, daß seine Fraktion Volkshilfsleistungen in Schwierigkeiten entgegenzehen werde.

Bürgermeister Meyer aus Äugen erklärt, daß seine Fraktion zur Beschaffung einer Motorpumpe durch die finanzielle Schwierigkeit bisher nicht möglich gewesen sei. Landrat Guseff schlägt vor, 10 000 Mark vom Kreis aus aufzutreiben, den Rest der Summe aber durch Umlageung auf einen zu gründenden Zweckverband aufzutreiben. Für den Zweckverband wird ein Betrag von 500 Mark jährlich für die Zweckverband zur Beschaffung einer Motorpumpe, die für den Zweckverband im Jahre 1926 betragen.

Die Aufhebung des Kreisvertrauensfonds wird bemängelt, da ein Betrag von 5000 Mark erforderlich ist, um die Verluste des Fonds zu decken. Landrat Guseff erklärt, daß er sich bemühen wird, den Betrag von 5000 Mark zu beschaffen.

Bei der Regelung der Aufwandsentschädigung der Kreistage, Kreisaußschuß und Kreisamtsmitglieder Abg. Winkler (Kom.) den angestellten Tag von 10 Mark pro Tag zu hoch und beantragt infolge der Postlage, daß der Betrag auf 6 Mark. Landrat Guseff betont, daß die Entschädigung in der Erwägung vorgeschlagen wurde, die Abgeordneten vor allem durch Befreiung von Steuern durch Arbeitsleistungen und Aufschaffung von Wägen des Kreises seien. Abg. Winkler (Kom.) hält andererseits die Gelegenheit für außerordentlich günstig zu einer mit größtmöglicher Propaganda für seine Partei. Dennoch muß er sich mit Ablehnung seines Antrages, den nur seine Fraktion genossen unterliegen, abfinden. Die vorgeschlagenen Sätze werden angenommen.

Bei Redaktionsstillschluß dauert die Beratung noch an.

Der Bau eines Schlachthofes für Merseburg beschlossen.

Ankauf des Polackischen Grundstücks. — Weitere 8000 Mark für Notstandsarbeiten. — Umhüllung des Theatums.

Das Stadtverordnetenkollegium

trat gestern abend 6 Uhr im Saale des alten Rathhauses zu einer öffentlichen Sitzung zusammen, an deren Verlauf der Magistrat vollständig teilnahm, während im Plenum die Stadtverordneten Schäfer, Dr. Hapf (Dnall), Dr. Heilmann, Hauke (Dem.), Krüger (Soz.) und Koenen (komm.) teilnahmen. Die Sitzung bildete ein würdiges Gegenstück zu der vorangegangenen — allerdings mit negativem Vorgehen, hatte die vorletzte 18-Minuten-Sitzung den Zuhörer in Erbauung versetzt ob der Entschlossenheit unserer Stadtväter, so war diesmal die allgemeine Tendenz Redeüberflus, Wiederholte mehr oder weniger Erbauendes forderte man sich gegenseitig über den Zuhörer. Während sich Stadtv. Daniel (Soz.) darin gefiel, für die Leunaer Krankentafel zu propagieren, hatte sich Stadtv. Freiberger (D. V.) die „böse Presse“ zum Ziele seiner Kritik ausgesucht. Beiläufig ist es allerdings, wenn man bei Stellungnahme zu einer Vorlage den Kommentar einer Zeitung zur Sache mit der Magistratsbegleichung verbindet. Immerhin brachte die Sitzung ein bedeutendes Ereignis: Nach 27jähriger Antreibung und noch letztmaliger halbseitiger Debatte wurde das Schlachthaus durch einmütigen Beschluß aus der Taufe gehoben. Alles amte erklariert auf — es geht auf Ende der Sitzung zu; doch hat niemand mit Herrn Hirschfeld (Soz.) geredet, der bei dem letzten Dringlichkeitsantrag: „Ausbau der Abortanlagen in Mittelschule und Zeugnis“ die Gelegenheit suchte, mit dem Magistrat ins Gericht zu gehen. Das retardierende Moment für Schluß der Sitzung ist gegeben — die Wortkavale macht immer mehr im Laufe ihres anderthalbstündigen Reges, bei dem kurz vor dem letzten Atomsternein ein Stadtverordneter selbst feststellen zu müssen glaubt, „man habe die fortbare Zeit nicht mit so unnützen Sätzen verschwendet sollen“. Nach einmal heftiges Aufklappen des sich betroffenen Äußernden — abermaliger Protest gegen das Vorgehen des Magistrats — Abklimmung — einstimmige Annahme der Dringlichkeitsvorlage — Schluß der Sitzung. 64 ist erreicht. Die Scharke der 18-Minuten-Sitzung ist weitergemacht durch eine zehnmal so lange dauernde Sitzung. Nach 180 Minuten stellt der Vorsitzende fest, daß kein Redebedürfnis mehr vorliegt und schlägt um 9 Uhr die Sitzung.

Stadtv. Hapf, Junfer (Dem.) eröffnet 6 Uhr 5 Minuten die Stadtverordneten-Sitzung bei voll besetzter Tribüne. In Stelle des noch abwesenden Oberbürgermeisters Herzog führt Bürgermeister Dr. Miesbach den kleinstmöglichen Redefuß des ausgegliederten Stadtv. Sämlich (komm.), Wassermeister Kauf Dort, unter Handlung und üblicher Veröffentlichungsformel in sein Amt ein. Stadtv. Junfer (Dem.) begrüßt den neuen Vertreter im Rahmen der Begrüßung und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß er sein Amt zum Wohle der Stadt ausüben möge. In die Mitgliedschaftsdeputation, den Ungenussfürsorge, den Rechnungsprüfungs- und Gemeindefürsorgeausschüß, denen Stadtv. Sämlich angehört, wird alsbald auf Vorschlag der Wahlkommission Stadtv. Hapf ernannt. Zur Wahl eines Aufsichtsratsmitglied für die Merseburger Wasserwerksgesellschaft hat die Wahlkommission Dr. Hapf (Dnall) vorgeschlagen. Dem Vorschlag wird zugestimmt. Mittel in Höhe von 1500 Mark zur Erweiterung des Heimatmuseums in der Lohrer werden laut Magistratsantrag bewilligt. Stadtv. Junfer (Dem.) genehmigt hierbei dankbar der Verdienste des Vorsitzenden des Vereins für Heimatkunde, Herrn Detmann, durch dessen väterliche

Tätigkeit das Museum, wenn auch nicht das größte, so doch das vollkommenste der Provinz Sachsen sei.

Der Haushaltsplan des Krankenhauses

wird alsbald vom Magistrat, Beih (D. V.) erläutert. Der Plan ist bereits von Krankenhauseputation und Magistrat genehmigt. In seinen Ausführungen betont der Referent, daß von 28 Krankenanstalten in der Provinz Sachsen das Krankenhaus Merseburg außer demjenigen in Wittenberg das einzige sei, das sich selbst erhalte. So benötige es, da das Krankenhaus Nordhausen einen ständigen Zufluß von 37 000 Mark. Die für 1924 eingeleiteten Beträge hätten sich vielfach erhöht, da damals nur eine mutmaßliche Aufstellung gemacht worden sei. Der Etat balanciere in Einnahme und Ausgabe mit 191 000 Mark. Die Verhältniszahlen seien so, daß auf 50 Kranke ein Arzt komme. Oberbürgermeister Herzog weist darauf hin, daß die Behandlung Bedürftiger beim Wohlhabendsten gebührt würden. Stadtv. Daniel (Soz.) wendet sich namens seiner Fraktion gegen die Erhebung von Zonengebühren bei Spezialbehandlung, die bei anderen Krankenhäusern mit im Verrechnungssatz eingerechnet sei. Die Krankentafeln müßten die Erhebung von Spezialgebühren ablehnen.

Stadtv. Koch (komm.) betont, man sei bei Aufstellung des Haushaltsplans zu pariam vorgegangen, was nicht im Interesse der Kranken liege. Es werde zu sehr an Verzehrgeld, was an der Durchführung einer gründlichen Behandlung hindere. Auch liege die Verpflegung nicht immer einwandfrei. Es müßten Maßnahmen ergriffen werden, um den „höchsten Mischständen“ abzuweichen. Oberbürgermeister Herzog erklärt, das Krankenhaus liege bei allen staatlichen Untersuchungen in tadelloser Ordnung gefunden worden, von einem Mangel an Pflegepersonal könne keine Rede sein. Der Deserent für das Krankenhaus, Stadtrat Eichard (Dnall), weist darauf hin, daß die Verpflegung der im Krankenhaus Halle entpöche und besser sei als die im Zeiser Krankenhaus. Er werde während seiner Amtsführung stets für eine gute Verpflegung der Kranken bemüht bleiben. Der Krankenhausrat wird angenommen mit der Maßgabe, daß die vom Stadtv. Daniel (Soz.) gegebene Erklärung betr. Spezialbehandlung erzwungen werden soll.

Weichfalls finden Annahme die Haushaltspläne des Fleißgeschauamtes, des Nahrungsmitteluntersuchungsamtes und der Sparkasse, die Stadtv. Schmeemann (D. V.) begründet und von denen der letztere in Einklang mit dem Budget mit 250 000 Mark gegen 234 500 Mark im Vorjahre abschließt.

Der Ankauf des Polackischen Grundstücks

zwischen dem Grundstück des Stadtv. Zeller (Dem.) grundstücklich Erläuterungen, soll jedoch zunächst von der Baubehörde durchgesehen und das Ergebnis der Beratung dem Kollegium noch einmal mitzuteilen werden.

Die Bewilligung weiterer Mittel zu Notstandsarbeiten, die Stadtv. Daniel (Soz.) zustimmend begründet, geben dem Stadtv. Henneberg (komm.) erwünschte Gelegenheit zu einer Agitationsrede für die ausgeschiedenen Erwerbslosen, die jedoch von den Entgegensetzungen des zuständigen Regenerenten, Stadtrat Dr. Junfer (Dem.) in ihrer Zurechnung arg durchlöchert wird. Die Vorlage wird angenommen.

Die eigentliche Tagesordnung ist somit erledigt, doch haben drei Dringlichkeitspunkte zur Beratung, zu deren Verhandlung man sich einstimmig bereit erklärt.

Der Ankauf des Polackischen Grundstücks

ist nach Ausführungen des Stadtv. Steube (D. V.) vom Magistrat vollzogen worden und muß antwortend werden. Stadtv. Freiberger (D. V.) stimmt dem Antrag zu, wünscht jedoch, den Plan des Ausbaues zum Schlachthof anzufüllen, bis der Magistrat mit den Fleißigen Ver-

burgs Führung genommen habe. Nachdem Stadtv. Schwanert (D. V.) auf eine Anfrage die Genehmigung erteilt hat, daß das Grundstück nach Ankauf schuldenfrei ist, findet der Ankauf Anerkennung. Ueber den

Ausbau des Polackischen Grundstücks zum Schlachthof

berichtet Stadtv. Zwarg (komm.) zustimmend. Oberbürgermeister Herzog weist darauf hin, daß wenn sich die Stadt nunmehr nicht zum Bau eines schon seit 27 Jahren aufschreibend geforderten Schlachthofes entschließen könne, von Staats wegen in nächster Zeit die Zuschüttung des Projektes erzwungen werde, wo sich jetzt die Möglichkeit bietet. Stadtv. Kämpf (Soz.) glaubt, daß durch Erchtung eines Schlachthofes zur Senkung der in Merseburg sehr hohen Fleischpreise beigetragen werde. Stadtrat Schäfer (komm.) gibt zu den Behauptungen des Stadtv. Freiberger über die Zustände der jetzigen Schlachthofe Aufschluß. Stadtv. Freiberger (D. V.) stimmt dem Bau des Schlachthofes zu, wünscht jedoch daß zu den Beratungen ortsanfällige Fleischmeister hinzugezogen und mit den Bauarbeiten ebenfalls ortsanfällige Handwerker betraut würden. Der Bau des Schlachthofes wird beschloßen mit einem Zusatzantrag des Stadtv. Schwanert (D. V.) unter Abfah 2, der lautet: „unter Umhüllung des Schlachthauszwanges“.

Die Schlachthausdeputation wird gebildet. Stadtv. Freiberger (D. V.) übernimmt die Leitung der Deputation. Stadtv. Freiberger (D. V.) übernimmt die Leitung der Deputation. Stadtv. Freiberger (D. V.) übernimmt die Leitung der Deputation.

Die Verlegung des Theatums in das Seminargebäude

macht sich der Ausbauder Abortanlagen im Theatrum und der Mittelschule notwendig. Die Kosten belaufen sich nach Mitteilung von Stadtv. Junfer (Dem.) auf 19 500 Mark. Stadtv. Hirschfeld (Soz.) rügt im Rahmen seiner Fraktion das selbständige Vorgehen des Magistrats, der ohne die Stadtverordneten zu fragen die Verlegung des Theatums nach dem Seminar und der Volksschule nach dem Theatrum beschloßen habe. Oberbürgermeister Herzog weist darauf hin, daß der Magistrat in verwaltungsmäßigem Angelegenheiten, die nicht mit geldlichen Ausgaben verknüpft seien, alleiniges Bestimmungsrecht habe, daß man bei dieser Befugnis von der Kaufkraft ausgegangen sei, nicht aber zuletzt von dem Standpunkt, daß der Weg nach dem Seminar für Inspektoren der Volksschule zu anstrengend sei, während die Befuder des Theatums schon ältere Kinder seien. Eine 14-stündige Geschäftsdebatte, die nicht immer im sachlichen Rahmen blieb und die nur die verhältnismäßig geringen Durchläufe legt, endet unter allgemeiner Beteiligung von Plenum und Magistrat ein. Erst gegen 9 Uhr wird nach nochmaligem Protest des Stadtv. Hirschfeld (Soz.) gegen das eigenmächtige Vorgehen des Magistrats die Vorlage — Ausbau der Abortanlagen in Theatrum und Mittelschule — angenommen.

Stadtv. Junfer (Dem.) nach den Jahresbericht der Freiwilligen Feuerwehr von 1924 zur Kenntnis gebracht hat, findet die Sitzung Pünktig 9 Uhr ihr Ende.

Eine Statistik über den Wohnungsbau. Die Ergebnisse des Wohnungsbau sind für die wohnungspolitischen Maßnahmen von so grundlegender Bedeutung, daß für 1924 eine besonders sorgfältige Aufnahme erfolgen soll. Der Reichsarbeitsminister hat den Bundesregierungen Erhebungsbogen dafür zugehen lassen. Schon am 31. März sollen die Erhebungspapiere den Statistischen Landesämtern ausgehändigt werden. Ausgenommen werden die Neubauten von Wohnhäusern, Wohngebäuden und Mietshäusern mit 1 bis 3 Wohngeschoßen sowie nach Wohnungen überbaut und in Wohngebäuden. Bei den Umbauten zählt man die entstandenen und fortgefallenen Wohnungen in oder außerhalb von Wohngebäuden. Gezählt werden auch die Wägnge durch Brände, Abbrüche usw. Als Wohngebäude gelten alle Gebäude, die vorwiegend Wohnzwecken dienen.

Der Erfinder.

deutscher Roman aus Amerika von Moritz Schäfer. (Nachdr. verb.) Darf ich Ihnen eine Angelegenheit vortragen, Herr Bürgermeister, für die ich nicht nur ihr persönliches Interesse voraussetzen darf, die auch bis zu einem gewissen Grade das Ansehen der Stadt berührt? Ich bitte darum, Hr. Bauer. Gegen Sie Wert darauf, Hr. Carlson, zu den Einwohnern der Stadt eine Persönlichkeit zu wählen, die wegen Verleumdung und Verleumdung, Begünstigung der Völlerei und des Darlehnschwindels vorbestraft ist? Ein hübsches Register. Ich habe der Oberbürgermeister, der sich eigentlich nur noch ein kleiner Werd. Ihre Frage, Hr. Bauer, beantwortet sich von selbst. Gegen, Hr. Carlson. Sie würden also ein Ausweisungsbefehl gegen eine wertige Person befürworten? Ich beding, indessen, verehrt Herr, wenn wir allzu rigoros vorgehen wollten. Wären Sie die hatte Stadt entvölkert, Herr Bürgermeister, ich bin vollkommen im Bilde. Allein im vorliegenden Falle liegt doch noch ein besonderer Grund zur Ausweisung vor. Die Person, von der ich sprache, hat eine minderjährige zum dauernden Genus narroffischer Mittel verleiht, unter deren Wirkung das Mädchen Handlungen beging, die sie selbst und ihren Vater in eine schließliche Position bringen mußte. Sie betreibt ferner dieses gemeingefährliche Handwerk gewohnheitsmäßig, wofür die Beweise zu erbringen sind. Die Ausweisung ist Angelegenheit des Gouverneurs, Hr. Bauer. Aber der Antrag kann von Ihnen gestellt werden, Herr Oberbürgermeister. Von mir sowohl wie von der Polizei. Die ein Organ der höchsten Verwaltung ist, folglich Ihnen untersteht, Hr. Carlson.

„Ganz recht.“ „Würden Sie also, als Chef der übergeordneten Instanz, zurecht sein, eine Inmediatengabe an den Gouverneur zu richten, wenn ich Ihnen ferner mitteile, daß die Kompromittierte die Tochter des verstorbenen Senators Ernsts ist.“ „Unmöglich“, rief der Beamte in höchsten Entsetzen. „In kurzer Weile erklärte Bauer dem Beamten, was vorgefallen. Hr. Carlson erklärte sich sofort bereit, persönlich zum Gouverneur zu reisen; er zweifelte keinen Augenblick, daß das Ausweisungsgesetz genehmigt werde.“ Bauer empfahl sich mit Worten des Dankes und fuhr zu dem Pächter der Colorado-Höle. Er traf den Mann, einen kleinen, vermahnenen, aber sehr elegant gekleideten Jekänder namens Beverley als einzigen Gast in der Bar, die im Anner seines Tanggebüdes untergebracht war. Dort leistete er sich gerade einen Cocktail, als Bauer zu ihm herantret. „Mr. Beverley, wenn ich nicht irre?“ „Der kleine Mann mit der schiefen Schulter und den schielenden grünen Augen fuhr auf dem Stolzplatz herum.“ „Beverley ist mein Name. Stimmt auffallend, Sir. Mit wem habe ich das Vergnügen?“ Bauer stellte sich vor. „Ich komme, Mr. Beverley, um Ihnen mitzuteilen, daß die Dame mit der Nase nicht mehr bei Ihnen aufhalten wird.“ „Sind Sie der Gatte, Sir, oder vielleicht der Bräutigam?“ Die schielenden Augen des Jren nahmen einen boshaften Ausdruck an. „Weder das eine, noch das andere, Mr. Beverley, aber ich bin autorisiert, Ihnen den festen Entschluß der Miß Smells mitzuteilen.“ „Autorisiert, sehr schön gesagt“, meckerte der vernachlässigte Neudo-Gent und spielte mit seiner biden, goldenen Uhrkette. „So lassen Sie sich veranlassen, daß Ihre Autorisierung nicht einen Pfifferling wert ist, Herr. Miß Smells wird tanzen und zwar noch heute abend.“ Das Blut drängte dem Deutschen in die Stirn. „Wissen Sie denn noch gar nicht, Herr, daß der Vater der jungen Dame heute nacht gestorben ist?“ „Ne, wenn ichon“, sagte der Jre, und zwack die Mißlein.

Bauer spuckte ihm mitten ins Gesicht. Tüchlich stierte ihn der Schielende an. Wie eine Wildtaube lauerte er auf den Sprung. Bauer stülpte den Hut auf. „Eigentlich“, sagte er frohlich, „ist jedes Wort Verleumdung, das ich an einen Hofling Ihrer Sorte richte. Aber damit kein Irrtum aufkommt: Verträge mit Minderjährigen verhängen gegen die guten Sitten. Sie werden abkündigunglos in die Lösung des rechtswidrigen Vertrages willigen. Wenn nicht, so sage ich dafür, daß Ihre Konzeption binnen drei Tagen erfolgen soll.“ „Nunne magst nicht“, höhnte der Jre, doch schon merkwürdig eingehängert. „Sie haben die Miß, Mr. Beverley. Natürlich ist der Vertrag auch ohne Ihre Einwilligung null und nichtig. Aber ich möchte der Dame jegliche Weiterungen ersparen. Deshalb werden Sie mit binnen 5 Minuten den Vertrag ausfertigen. Wird der Kontrakt bei der Konzeptionsprüfung durch die Regierungsbüro — beakten Sie wohl, Mr. Beverley, durch die Regierungsbüro, nicht durch die Polizei — in Ihrem Besitz gefunden, bricht er Ihnen das Genick! Der Gouverneur ist verdammt empfindlich gegen Ausbeutung der minderjährigen Jünger! Weilsicht nicht er nicht nur Ihre Uebe, sondern legt Sie auch ein halbes Tüchlein hinter schwebende Gardinen. 5 Minuten, Mr. Beverley, — keine Sekunde warte ich länger.“ Er hand, die Taishenur in der Hand und ließ den Deckel springen. „Der Werdschmeißer trat dicht an Bauer heran und ziffelte ihm ins Ohr: „Wissen Sie auch, verehrt Herr, wie das Gesicht des Erpresser strahlt?“ „4 Minuten 40 Sekunden“, sagte Bauer laut, den Verwahrlosten fest im Auge behaltend. „Einen Fleck, aussehend, ist der Jre ein elegantes Fortepiano aus der Bruttische und entnahm ihm ein Stück Papier, das er in Fäden zerriß und dem Deutschen vor die Füße warf. „Da haben Sie den Miß!“ Bauer sagte das Männlein beim Kragen und duckte es zur Erde nieder. „Aufbeben!“ kommandierte er. (Fortsetzung folgt.)

Gokales.

Konfirmanden 1925.

Stadttrike.

Paßor Niem (24 Knaben, 30 Mädchen).

Knaben: Werner Klein, Werner Schlippe, Werner Sieber, Friedrich Mann, Kurt Weich, Erich Peterhoff, Siegfried Roth, Ernst Götze, Johannes Müller, Erich Schönlager, Willi Harthart, Ernst Götze, Herbert Hoffmann, Herbert Horn, Waldemar Dahme, Friedrich Weisser, Heinz Nöcker, Alfred Köhler, Kurt Götze, Paul Margraf, Werner Nöcker, Walter Schmidt, Kurt Döring, Kurt Matten.

Mädchen: Ute Dobe, Charlotte Reuther, Marie Löwe, Frieda Thum, Frieda Schengel, Hildegard Wegel, Marie Reckmann, Anna Grottel, Charlotte Götze, Elisabeth Berg, Elisabeth Reit, Frieda Viktenfeld, Helene Heilmann, Martha Götze, Uta Schmidt, Mona Schulze, Frieda Schlegel, Emma Jähnchen, Johanna Berger, Alma Stief, Margarete Wiffla, Frieda Faust, Gertrud Martann, Charlotte Künze, Charlotte Köhler, Anna Weidrich, Uta Hoppe, Elisabeth Geime, Martha Günther, Elia Ludwig.

Paßor Vertram (18 Knaben, 15 Mädchen).

Knaben: Otto Ahmus, Erich Faust, Kurt Genzel, Franz Gramert, Erich Reich, Paul Klein, Erich Vohlfänger, Erich Müller, Otto Raumbold, Wilhelm Gabel, Kurt Böhmig, Kurt Wöbger, Otto Raumbold, Kurt Schärer, Paul Schlag, Willi Seidemann, Willi Sora, Ernst Tänger.

Mädchen: Anna Becker, Frieda Blanke, Erna Vun, Martha Freylich, Gertha Kaufmann, Uta Kunisch, Elisabeth Gorenzi, Gertrud März, Erna Meyer, Käthe Meßels, Margarete Geise, Gertrud Schmidt, Selma Senf, Charlotte Zange, Margarete Weber.

Neumarkt.

Paßor Voit (21 Knaben, 16 Mädchen).

Knaben: Martin Hoffmann, Otto Alßen, Alfred Koch, Alfred Reich, Hans Fiedler, Gustav Meißner, Gustav Martan, Werner Seiber, Kurt Kallfoss, Rudolf Koschke, Gustav Weuershausen, Otto Schröder, Arthur Weidte, Walter Knuth, Kurt Grotthard, Karl Mal, Werner Bauer, Helmut Viebig, Franz Weidhändler, Erich Blumentritt, Alfred Reusch (Wöfen), Uta Grotthard, Uta Mann, Gertrud Götze, Elisabeth Schmidt, Ruth Thienbach, Emma Räder, Elie Knuth, Margarete Kauf, Jürgard Hoffmann, Johann Wier, Erna Weß, Luise Hoppe, Martha Kanneberg, Gertrud Kästch, Anna Köning (Wöfen), Emma Altermann (Wöfen), Berta Bremer (Wöfen).

Der Verband der Preussischen Landgemeinden zur Steuerreform.

Der Vertretertag der Provinzen des Verbandes der Preussischen Landgemeinden tagte am 13. März im Herrenhaus in Berlin unter besonders kräftiger Beteiligung der Provinzialparlamente. U. a. wurde Stellung genommen zu den neuen zur Zeit dem Reichstag vorliegenden Steuerprojekten. Nach eingehender Aussprache einigte sich der Vertretertag auf eingehender Einzelheiten auf folgende vom Vorstand vorgelegene Resolutionen.

Die von Verbands wegen ständig erhobene Forderung auf Wiederherstellung einer laien Steuerfiskalität in dem Sinne, daß dem Reiche die indirekten Steuern, den Ländern die direkten Steuern und den Gemeinden die Einkommen- und Körperschaftsteuern zugewiesen sind, wird zwar unbedingt aufrecht erhalten. Unbedingt beifolgt der Verband der Preussischen Landgemeinden in den derzeitigen Steuerentwürfen des Reiches, insbesondere dem Finanzausgleichsgesetz, aber zur Zeit die allein mögliche Lösung einer Steuerreform, nachdem durch das Finanzausgleichsgesetz die Forderung des Verbandes auf Wiedergewinnung der Einkommensteuern weitgehend in etwas erfüllt ist, ist dem Reichstag der Verband mit der Regelung des Finanzausgleichsgesetzes begl. der Erhöhung des für das Reich beanspruchten Teiles an der Reichseinkommen- und Körperschaftsteuer nicht einverstanden erklären, sondern hält unter allen Umständen daran fest, daß Länder und Gemeinden 90 Prozent dieser Steuern zugewiesen werden bzw. verbleiben müssen die bisheriger Erträge ferner eine Festlegung des Verhältnisses der Unterverteilung dieser Steuern zwischen Gemeinden und Ländern in einer den berechtigten Belangen der Gemeinden entsprechenden Weise schon in dem Reichsgesetz.

Der Verband stellt weiterhin auf dem Standpunkt, daß bezgl. der Einkommenbesteuerung an der Luellenthorie und demgemäß an Abzugsverfahren vom Arbeitslohn festgehalten werden muß, daß aber hinsichtlich der Durchführung des Lohnabzugsverfahrens in den Betriebsgemeinden und andererseits in den Arbeiterwohnheimen ein anderer Weg gefunden werden muß, als der in § 22 der Vorlage vorgesehene, der sowohl den berechtigten Forderungen der Wohnheimgemeinden als auch den entsprechenden Belangen der mit der Durchführung des Lohnabzugsverfahrens zu belastenden Arbeitgeber Rechnung trägt.

Keine Kriegsauszeichnungen mehr. Die Verleihung von Kriegsauszeichnungen wurde bisher in einzelnen besonderen Fällen weiter durchgeführt, ist aber mit dem Ende des Jahres 1924 endgültig eingestellt worden. Die nachgehenden Beschlüsse sind jetzt angefallen, etwa noch eingehende Gesuche nicht mehr an die vorgelegten Stellen weiter zu reichen, sondern die Anträge selbst abzuweisen.

Aus Kreis und Nachbarorten.

Die „Mache“ der Kommunisten gegen Heilige Schupoamte. Halle, 22. März. In der Nacht zum Sonnabend wurde in der Nähe der Glandauer Straße auf zwei patrouillierende Schupoamte geschossen. Der Schuß fiel an der Ecke Lange-straße, ohne jedoch die Beamten zu treffen. Der Schuß, der aus dem Hinterhalt abgegeben ist, ist durch Zeugenaussagen festgelegt worden. Es scheint, daß man nunmehr zu einem feierten Schußtag gegen die Schupoamte seitens der Kommunisten übergegangen ist.

Halle a. S., 22. März. Aus dem fischlichen Leben in der Provinz. Berufen und befristet wurde: der Superintendent Dr. Zeit-Bohnenhagen zum Pfr. an St. Elisabeth und Bonifatius in Angermünde. Aufsteig ist: Sup. Pfr. Zeit zum Superintendent des Kirchenkreises Angermünde ernannt. — Befördert wurden: der 2. Pfr. an Diakonikus Ernst in Zeltow, Kurt Peters, als 3. Pfr. an St. Marien in Magdeburg, der Pfr. Wigel in Jümmern (Angermünde) als Pfr. in Büdingen (Seldringen), der Pfr. Sie. Dr. Kersten in Zernitz (Angermünde), der Pfr. in Ergleben (Vornheim). — Gestorben sind: der Pfr. Dr. N. Solbrig, früher Vornheim (Salza), am 9. 2. 1925, der Pfr. Dr. H. W. Hermes, letzte Pfarrstelle in Magdeburg (Verfassen (Wudau), am 12. 2. 1925, der Oberpf. Dr. H. Schmidt zuletzt in Wehra (Luerfurt), am 14. 2. 1925, der Pfr. Baller in Spergau (Merzbürg Land) am 25. 2. 1925.

Halle, 22. März. Pädagogische Woche. Im Auftrag des Pädagogischen Verbandes der Provinz Sachsen trat die Ortsgruppe Halle eine pädagogische Woche in der

Zeit vom 30. September bis zum 3. Oktober vor. Vorträge und Besprechungen werden von den verschiedensten Seiten und Lehrkräften auch das Thema „Höhere Schule und deutsche Kulturpolitik“ behandeln. Man hofft, eine Reihe von Unterrichtslehren und berufenen Fachmannern für die Tagung zu gewinnen.

Halle, 22. März. Im Fieberhau entwich am Sonnabend nachtag aus der Unterstadt ein frucht junge Frau. Die nur mit einem Hemd bekleidete Kranke brach von einer hohen Mauer herunter und ließ dann die Hagen-Straße hinunter. Als man sie wieder festnahm, lag sie fortwährend, man wollte sie in der Klinik schlachten, deshalb ist sie entwichen. Man brachte die Unglückliche, die sich nur einige geringe Verletzungen zugezogen hatte, in die Klinik.

Müden, 22. März. Nachdem die Realgymnasialität der Weiterbau der Realische zur Oberrealschule beschlossen hatten und auch die Städtischen Abwehrkräfte der Stadt Müden diesem Beschlusse beigetreten sind, soll Dieren 1925 die Oberleitung bis zur Uneröffnung als fikt. Oberrealschule i. E. durch den Herrn Müller zunächst privat unter Leitung des Studienrators der Stadt Müden, einem Realgymnasium, die Oberleitung der Oberrealschule ausübend finanziert ist, können noch einige freistellen für Oberleitung an auswärtige Schüler vergeben werden. Kassende Schulleitung von Merzbürg und Querfurt nach Müden verkehren bereit.

Sachsen, 22. März. In Saft kam ein hiesiger Arbeiter der sich an einem 12jährigen Mädchen unzüchtig vergrangen hatte. Das Mädchen ist schwer erkrankt.

Freuden, 22. März. Unter dem Verdacht der Körperverletzung mit tödlichem Ausgang an seiner Ehefrau wurde hier ein Maurer verhaftet. Die Frau starb im vorigen Jahre vermeintlich an einer Kopf-wunde, die sie sich selbst durch einen Schlag mit einem Hammer zugebracht haben sollte. Jetzt hat sich die Vermutung bestätigt, daß der Gemann, der ein Trinker ist und seine Frau mehrfach schwer mißhandelt haben soll, seiner Frau die tödliche Wunde durch einen Wurf mit dem Panzoffel beigebracht hat.

Aus dem Reiche.

Aus der Reichshauptstadt.

Eine neue Spritzfabrik. Neue Spritzfabriken sind durch die Fahngeschäftsstelle des Grenzpolizeikommissariats aufgedeckt worden. Ein Drogist Henry Jiffer hatte unter verschiedenen Namen, drei Betriebe, in denen er Kosmetika herstellte. Auf jeden Namen und für jeden Betrieb erhielt er von der Reichshauptpolizeiamt ein Verbot. Die Geschäftsbücher der drei Betrieben, denen die Betriebe lagen, vergrößerten Spritz zu beziehen. In Wirklichkeit aber vertrieb er ein Ziffer und sein Sozium zum weitest größten Teil unergänzlichen Spritz zu bekommen. Die Fabrikation der Kosmetika schränkte sie dafür in ihren drei Betrieben so ein, daß sie an vergrößerten Spritz nur wenig Bedarf hatten und den unergänzlichen Spritz nur für den weitesten Bedarf zu beziehen konnten. Die Betriebsbücher wurden reinem und vergrößerten Spritz bezug 3-4 Mr. pro Liter und sie machten so ein glänzendes Geschäft, bis die Fahngeschäftsstelle die Schiebungen aufdeckte. Jiffer und Jalonost wurden verhaftet und sind gefänglich. Sie behaupten, daß zwei Zollbeamte von jedem der drei Betrieben ihnen gegen Entgelt befristet gewesen seien. Der Fall wird am 27. März in der Stadt verhandelt werden sollte, nicht das hierzu zu verwendende Material, sondern die gleiche Menge Wasser feineingewogen wurde. Die 6 Zollbeamten sollen das gegen Entgelt gewagt und geduldet haben. Sie betreten es, wurden aber wegen Bestechung ebenfalls verhaftet und mit Jiffer und Jalonost dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Gelehrter Selbstmord. Einen großen Aufsehn machte die Selbstmordthat eines Gelehrten, der in der ersten Hälfte im zweiten Stock des Geschäftsraumes der Verlagsbuchhandlung von Paul P. e. p. auf deren Schranke hatten es die Verbrecher abgegeben. Auf dem Dofe erliegen sie einen Schuppen, dessen Dach bis an den ersten Stock hinaufreicht. Von diesem Dach aus verfaßten sie sich durch ein Fenster eintritt in das Haus und zur Treppe. Nachdem sie den ersten Stock des Eingangs zur dem Hause, in dem der Selbstmord steht, mit schwerer Mähe bemächtig hatten, weil sie innen mit Eisenblech besetzt war, machten sie das Geländepfad und fanden darin 10 000 Mr., zum größten Teil in deutschen Reichsmark und zu einem geringen Teile in Dollarknoten, Etmaren und österreichischen Kronen.

Wieder eine Liebestragödie. Einen düstern Aufsehn fand eine Liebestragödie, die sich in der Nacht zum 20. März in der alte Frau M. a. n. von, die von ihrem Ehemann getrennt lebt. Bei ihr wohnte der 36 Jahre alte Arbeiter Walter Böhmke. Die Zuneigung, die die beiden zusammengeführt hatte, hatte sich in der letzten Zeit in Abneigung verwandelt. Frau M. a. n. verließ jetzt, Böhmke zu veranlassen, aus der Wohnung auszuziehen. Dieser dachte aber nicht daran, Frau M. a. n. zu verlassen, sondern er wollte in der Wohnung bleiben und Böhmke deshalb wieder zu Streitigkeiten, die diesmal damit endeten, daß Böhmke einen Revolver zog und auf Frau M. a. n. einen Schuß abgab, der diese schwer am Kopf verletzete. Dann tötete er sich selbst durch einen Schuß in das rechte Ohr. Die schwerverletzte Frau wurde von herbeieilenden Nachbarn und Beamten der Schutz-polizei in bestmöglicher Weise in das Krankenhaus transportiert.

Eine neuartige Epidemie unter den Berliner Schülern. In einem Teile der Berliner Schulen herrscht seit einigen Tagen eine Epidemie, die sich in Halsentzündung, Anschwellen der Mandeln, und in vielen Fällen in starken Nasenbluten äußert. Höchstwahrscheinlich handelt es sich um eine besonders schwere Grippe. Eine Anzahl von Schülern wurde erkrankt, wobei die Zahl der erkrankten Schüler, die elektrische Zählmaschine, die bei Aufnahme der Arbeiten ausgeschaltet gewesen ist, nur auf 1000 Schüler festgestellt ferngehalten waren. Verestimmungen sind mit der Erkrankung der Krankheit befristet.

Durch Starstrom getötet. In dem Werke Nofenthal der Bergmann-Elektrizitäts-Werke in Berlin hat sich ein tödlicher Unfall ereignet. Dort wurden durch die Firma Brest Co. Montagearbeiten an einem Kran ausgeführt. Dabei kam der 34-jährige Monteur Franz C. r. u. a. einer Starstromverletzung zu nahe. Der elektrische Schlag wirkte ihn auf der Stelle. Die elektrische Zählmaschine, die bei Aufnahme der Arbeiten ausgeschaltet gewesen ist, war auf 10000 Volt für nicht aufgeklärte Weise wieder in Betrieb gesetzt worden.

Großfeuer im Tempelhofer. Nachts Brach in den Lager-räumen der Einkaufsgenossenschaft Berliner Malterebereiter in Tempelhofer, ein Feuer aus, das sich sehr schnell ausdehnte. Es rüchten nach und nach fünf Völkchen der Feuer-wehr an, die den Brand erst gegen 5 Uhr früh zu löschen vermochten. Die Aufwandsarbeiten nahmen noch mehrere Stunden in Anspruch. Der Schaden beträgt ca. 50 000 Mark.

Magdeburg. Bei einer Pulverexplosion in einem Fabrikraum der Firma Bolte wurde die Ehefrau Marie Rietisch derartig schwer verbrannt, daß sie in hoffnungslos Zustand in das Kohlenbergwerk eingeliefert wurde.

Magdeburg. Auf eigenartige Weise verunglückte in einer Fabrik in Dödenorf der Arbeiter Dietrich G. r. i. f. Als er an einem hohen Bauwerk fünfzig Fuß hängen, der in einem Zwecker lagerte, vorübergehend, gerieten die Arbeiter ins Schwanken und begannen ihn unter sich. Erst nach 10 Minuten konnte der Bergungslad, der einen Bruch des rechten Oberleibes erlitten hatte, aus seiner qualvollen Lage befreit und in einem Sanitätswagen in das Zudenburger Krankenhaus transportiert werden.

Magdeburg. Von seinem zünftigen Schwager in ein Streik angezogen und am rechten Oberarmteil schwer verletzt wurde der Kreist Julius R. als ein Lieberall-kommando der Schutzpolizei auf dem „Kampfbau“ ergriffen, hatte der Täter bereits das Weite gesucht.

Zorgau. Ein vor einem Jahre begangener Mord hat jetzt Aufklärung gefunden. Vor etwa Jahresfrist verunglückte auf der Angerabergstraße Döhlen ein von dort zum Anna aus dort abkommandierter Straßensänger. Alle Nachforschungen nach seinem Verbleib waren erfolglos. Man nahm an, daß es ihm gelungen sei, ins Ausland zu entkommen. In der vorigen Woche nun fand man bei der Ausgrabung einer Siesgrube nahe bei Döhlen die Leiche eines Mannes, die etwa 1 Meter unter der Erde begraben gelegen hat. Es stellte sich heraus, daß es sich um jenen Gesangsänger handelte, der in der Zeit so häufig verunglückt war. Nachforschungen haben vorläufig zur Verhaftung zweier Personen geführt, die in Döhlen wohnen. Einer von ihnen soll bereits ein Geständnis abgelegt haben. Danach hat der zweite Verhaftete den Gefangenen ertrunken. Welche Gründe zu der Tat geführt haben, ist noch unauferklärt, doch verläuft, daß der Ermordete, von dem seine Leiche gefunden wurde, ein Arbeiter war, der in der Zeit so häufig verunglückt war, und daß es den Tätern darum zu tun war, sie in ihren Felle zu bringen.

Althof. Wegen fahrlässiger Tötung hatte sich vor dem hiesigen Amtsgericht der Schmidt Otto Bahn aus Nieberroßa zu verantworten. Am 29. Dezember v. J. hatte er seine Stiefschwester Marie Wingeper, mit der er zusammenwohnte, mit einem Revolver erschossen. Sie hatte ihn noch gewarnt, mit der Waffe zu hantieren. Bahn hatte aber aus Unfinn den Revolver gefasst und abgefeuert, ohne zu wissen, daß er geladen war. Die Frau verstarb alsbald. Das Urteil lautete auf drei Monate Gefängnis wegen fahrlässiger Tötung und 50 Mark Geldstrafe wegen 10 Tage Gefängnis für den unbefugten Waffenbesitz.

Weba. Der Abiturient Fintze aus Morsburg a. d. Saale, der sich zum Zirkus nach dem Altheime begeben hatte, ist seitdem spurlos verschwunden. Die Feuerwehr soll jetzt das Gelände nach dem Verhollenen abhüten.

Leipzig. Vom Dache ist am Donnerstagmorgen der 22 Jahre alte Klempnergehilfe Maute herabgestürzt. Schwerverletzt fand er Aufnahme im Krankenhaus St. Jakob. Er ist inzwischen von der Erde abgehoben. Die Ursache des Unfalls wird noch ermittelt. Der Verunglückte soll um das Dach verlassen zu können. Bei dem Verurtheile, in eine Dachkante einzuklinken, gelang das Unglück.

Aus aller Welt.

1841 Jahre Lebensjahre begraben. Als dieser Tage in Wien a. bei den Lebensjahrarbeiten ein vergrühter Koffer geöffnet wurde, fand man einen zum Tode abgemerten, wohl vertieren Menschen vor, der stumm in einer Ede fanerte. Der Unglückliche war ein in Jahre 1916 bei der Sprengung des russischen Internationales, vergrühter 18-jähriger Bionier, der acht Jahre in dem Keller geblieben hatte, indem er sich von dem dort vorhandenen Vorräten näherte. Er starb drei Tage nach seiner Befreiung und wurde mit militärischen Ehren befristet.

Ein dritter Luftmord in Warchau. Die Bevölkerung Warchaus ist durch einen dritten Luftmord, der im Laufe einiger Tage in der Stadt verurtheilt worden ist, in große Erregung versetzt worden. Während die Polizei noch bemüht ist, den Mörder in einem Gefängnis auf dem Warschauer Döhlenhof aufzuklären und die Identität einer zweiten Mörderin, die in einem Maßstab einer Warschauer Post aufgefunden hat, festzustellen, ist in dem Treppenhause eines Geschäftsraumes in der inneren Stadt wiederum die Leiche eines jungen Mädchens aufgefunden worden. Die Verlegungen an der Toten deuten auch hier auf einen Luftmord hin.

Der Segen des Bolschewismus. In fünf russischen Gouvernements, die amtlich als Hungergebiete anerkannt werden, sind 750 000 Kinder als hilflos bedürftig festgeteilt worden. Die größten Zahlen entfallen auf das Gouvernment Gorka, wo über 200 000 Kinder als hilflos bedürftig festgestellt wurden. In dem ganzen Ukraine werden Aufrufe zur freiwilligen Hilfeleistung ertönen.

Maffenerurteilung von Kommunisten. Das Kriminalgericht von Prato hat 62 kommunistische Verurtheilte, von denen 6 ins Ausland geschickt sind, zu insgesamt 280 Jahren Gefängnis und 9 kommunistische Vandalenführer zu lebenslänglichen Kerker verurteilt.

Belgische Schandurteile. Das Kriegsgericht der Provinz Brabant hat in contumaciam den Bayern Franz Gradow, der am 5. April 1918 einen Landarbeiter durch einen Gewehrschuss getötet haben soll, zu lebenslänglichem Zuchthaus und den Leutnant Schull wegen angeblicher Mautherben und Brandstiftung zu 20 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Diebe als Detektiv. In Montpelier hatten zwei Marokkaner in der Nacht von der Terrassen eines Cafes zwei Stühle fortgenommen und wollten damit das Weite suchen. Der Befeger verfolgte sie aber, achte in der Dunkelheit nicht auf einen tiefen Graben und fiel hinein. Auf seine Hilfeerufen die beiden Diebe zurück und retteten den Befeger, der inzwischen die Bestimmung verloren hatte. Gelegenheit macht aber befristet Diebe. Die beiden Gefangenen ihrer nun wieder über 200 000 und 200 000 Mark abgeben, so hat sie. Da sie sich durch große Geldausgaben verständig machten, gelang es bald, sie in Haft zu nehmen.

Ein abenteuerliches Feder-Flugzeug. Der bekannte Flugzeugbauer Prode wird demnächst nach England reisen, um hier ein neues Flugzeug vorzuführen, welches nach Mitteilungen der Piloten für die Flieger keinerlei Gefahr mehr birgt. Wenn aus irgendwelchen Gründen der Flugzeugführer die Direktion über das Flugzeug verliert, neigt sich dieses über einen Regel und kann ohne Gefahr zu Boden gleiten.

Die Feuerbrunst in Tokio. Der Gelamtschaden der durch die Feuerbrunst in Tokio angerichtet wurde, beträgt 20 Millionen Dollar. 1700 Häuser wurden zerstört und 10 000 Menschen obdachlos.

Der Holstbrand in Balmuccia. In Balmuccia (Ber-einige Staaten) ist der Holstbrand, der erklärt worden weil mehrere Regter den Brand über dem Hotel befristet haben, um die umliegenden Wälder auszuplündern. Man teilt mit, daß der Schaden sich auf 25 Millionen Dollars beläuft. Die Holstbrand haben außerdem einen Schaden von 500 000 Dollars erlitten.

